

Antworten von **SPÖ** **Liste Kurz** **FPÖ** **Grüne** **Neos** **Liste Pilz** **KPÖ+**

7 - Wird Ihre Partei/Bewegung dafür eintreten, dass Schulen in freier Trägerschaft unter Beibehaltung der Autonomie von Organisation und Lehrpersonal vom Staat aus regulären Mitteln des Bildungsbudgets gleichwertig finanziert werden?

Zu den Fragen 7, 8, 9 und 10:

Die Voraussetzungen hinsichtlich der Subventionierung von Privatschulen, die keine konfessionellen Privatschulen sind, werden in § 21 PrivSchG normiert. Für nicht-konfessionelle Privatschulen mit Öffentlichkeitsrecht besteht KEIN Rechtsanspruch auf Subventionierung und keine Verpflichtung des Bundes, Subventionen zum Personalaufwand zu gewähren.

Seitens des BMB wird nach Maßgabe des Budgets jedoch jährlich eine Basis-Subvention für die genannten Schulen ausgeschüttet, diese bedeckt jeweils nur einen Teil der Aufrechterhaltung des Schulbetriebs.

Die nach Maßgabe der Budgetrichtlinien vergebenen Subventionen an Schulen mit eigenem Organisationsstatut sind an die Erfüllung gewisser Voraussetzungen gebunden (Öffentlichkeitsrecht, Mitgliedschaft im Dachverband, Gemeinnützigkeit der Schule, jährliches Schulgeld nicht höher als OECD-Durchschnitt, Verfolgung alternativpädagogischer Modelle, Einsatz von SQA, transparente Finanzgebarung und Sicherung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit des Dachverbandes).

Es steht seit dem Schuljahr 2010/11 jährlich unverändert eine Summe von rd. 4,5 Mio. Euro zur Verfügung. Die Verteilung auf die einzelnen betroffenen Schulen erfolgt nach Maßgabe der jeweils aktuellen SchülerInnenzahlen. Die Rechtslage sowie die im Bundeshaushalt veranschlagten Mittel ermöglichen derzeit keine weiteren Fördermodelle.

Schulen in freier Trägerschaft sind auch im Rahmen der finanziellen Möglichkeit und unter Vereinbarung von Förderkriterien seitens des Bildungsministeriums zu fördern. Über viele Jahre hinweg konnte der Förderbeitrag, der für die freien Schulen vorgesehen ist, auch laufend erhöht werden.

Frage 4-9: Die FPÖ tritt für eine Gleichstellung von öffentlichen Schulen und Schulen mit Öffentlichkeitsrecht in privater Trägerschaft ein. Somit stellen sich diese Fragen nicht mehr.

siehe dazu Antwort auf Frage 6: Wir Grünen fordern seit Jahren die finanzielle Gleichstellung von Schulen in freier Trägerschaft mit Öffentlichkeitsrecht mit Schulen in konfessioneller Trägerschaft. Das würde bedeuten, dass diese Schulen die Lehrerkosten im Ausmaß der den öffentlichen Schulen zugeteilten Ressourcen erstattet bekommen. Denn jedes Kind ist gleich viel wert!

Ja, wir haben mehrfach dahingehende Anträge eingebracht.

Ja. Mit großer Freude.

Ja, wir fordern eine gleichwertige Finanzierung für freie Schulen aus dem regulären Bildungsbudget, unter Beibehaltung ihrer Autonomie von Organisation und Lehrpersonal.